

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

14.7.1928 (No. 163)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Verantwortlicher: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugpreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die neue Eisenbahnverkehrsordnung

Die geltende Eisenbahnverkehrsordnung sieht auf ein Alter von 30 Jahren zurück. In dieser Zeit hat sich im deutschen Eisenbahnverkehr außerordentlich viel geändert. Das Reichsverkehrsministerium hat deshalb einen Entwurf für eine neue deutsche Eisenbahnverkehrsordnung ausgearbeitet, die schon am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten soll. Den Anstoß zu dieser Reform gab freilich die Tatsache, daß am 1. Oktober dieses Jahres auch ein neues internationales Übereinkommen über den Eisenbahnverkehr und ebenso ein solches über den Personen- und Gepäckverkehr in Kraft treten wird. Diese internationalen Übereinkommen haben bereits die Zustimmung der deutschen Parlamente gefunden, und so war es selbstverständlich, daß man das deutsche Verkehrsrecht mit dem veränderten internationalen, zu dem Deutschland seine Zustimmung gegeben hat, in Übereinstimmung bringen muß. Bei der Ausarbeitung dieser neuen Verkehrsbestimmungen hat man außerdem mit Österreich enge Fühlung genommen, um eine möglichst weitgehende Angleichung der deutschen und der österreichischen Verkehrsordnung zu erreichen.

Das Reichsverkehrsministerium ist bei der Abfassung des neuen Entwurfs zweifellos bemüht gewesen, die Wünsche der deutschen Wirtschaft, die die weitaus größte Stundin der Reichsbahn ist, nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Ob das in vollem Umfang gelungen ist, darüber werden die Ansichten freilich manchmal auseinandergehen. Als ein Fortschritt ist es zu betrachten, daß im Güterverkehr der Absender in Zukunft den Bahnhof wird angeben dürfen, auf dem die Zollbehandlung vorgenommen werden soll. Dagegen wird voraussichtlich die neue Bestimmung, daß die Eisenbahn künftig auch nach Ablieferung des Frachtgutes den Nachweis der Nichtigkeit der Frachtdrucke angeben kann, der dann durch Vorlage der Geschäftsbücher erbracht werden muß, zu vermehrten Streitigkeiten zwischen der Eisenbahn und den Versendern führen. Ein Zuschlag zur Fracht soll in Zukunft bei Gewichtsunterschieden dann nicht mehr erhoben werden, wenn die Eisenbahn selbst die Verwiegung vorgenommen hat. Auch eine ganze Reihe anderer Bestimmungen sind zweifellos als Verbesserungen des jetzt geltenden Rechtszustandes anzusehen. Trotzdem werden aus Wirtschaftskreisen noch zahlreiche Wünsche und Forderungen vorgebracht, die auch in dem neuen Entwurf der Eisenbahnverkehrsordnung keine Berücksichtigung gefunden haben.

Im Personenverkehr sollen künftig wieder die Fahrpreise auf den Stationen durch Auszüge aus den Tarifen bekanntgegeben werden. Besondere Frauenabteile sollen nur noch im Fernverkehr gefahren werden; doch können auch hier bei Überfüllung anderer Abteile die Schaffner künftig auch Männern Plätze in Frauenabteilen anweisen. Wichtig ist, daß in Zukunft ein Rechtsanspruch des Reisenden auf eine vorübergehende Unterbringung in eine höhere Wagenklasse geschaffen wird, wenn er in der seinem Fahrtausweis entsprechenden Wagenklasse keinen Platz findet. Wer also in Zukunft in der vierten Klasse reist, kann, wenn diese überfüllt ist, beantragen, daß ihm in der dritten oder, wenn auch diese überfüllt ist, in der zweiten ein Platz angewiesen wird. Als Reisegepäck sind in Zukunft Gegenstände aller Art zugelassen, auch wenn sie nicht als eigentliches Reisegepäck zu gelten haben, vorausgesetzt, daß sie ordnungsmäßig verpackt sind.

Die Rettungen in der Arktis

Auch Hauptmann Sora gerettet

Nach der Rettung der beiden Gruppen Malmgreen und Vigliani von der gescheiterten Robite-Expedition durch den russischen Eisbrecher „Kraffin“ kommt die Meldung, daß auch zwei Männer von der Hilfs-Expedition Sora gerettet wurden, und zwar von finnischen und schwedischen Flugzeugen. Der Hauptmann der Alpenjäger, Sora, und der norwegische Hundeschlittenführer van Dongens wurden von den Flugzeugen bei der Fohininsel geborgen und nach Kingsbay an Bord der „Citta di Milano“ gebracht. Der Eisbrecher „Kraffin“ will mit den von ihm Geretteten nach Kingsbay zurückkehren und dann nach der Abentsbay weiterfahren, um Koflen einzunehmen. Die geretteten Italiener der Vigliani-Gruppe teilten mit, sie hätten den Eisbrecher zunächst in einer Entfernung von 13 Kilometern bemerkt und sich beruhigt, als die den direkten Kurs des Eisbrechers auf ihren Standort wahrnahmen. Von der „Italia“-Gondel sind lediglich klägliche Trümmer übrig geblieben. Außer der Vigliani-Gruppe der „Italia“-Mannschaft hat der Eisbrecher „Kraffin“ auch das beschädigte Flugzeug des schwedischen Piloten Lundborg an Bord genommen. Lundborg hatte bekanntlich, nachdem er Nobite in Sicherheit gebracht hatte, bei einem zweiten Landungsversuch Bruch gemacht. Der Schiffszug des „Kraffin“ teilt mit, daß Kommandant Mariano Fieber hat und an großer Erschöpfung leidet. Der Zustand des Kommandanten Jappi ist nicht besorgniserregend. Leutnant Vigliani, Prof. Behounek, Ingenieur Trojani und der Funkerunteroffizier Biagi sind wohl auf; der leitende Techniker Ceccioni hat einen Bruch des linken Beines erlitten.

Einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion zufolge ist nach den letzten Nachrichten der Standort der „Italia“-Gruppe, die mit dem Ballonkörper der „Italia“ abgetrieben worden war, 80 Grad 45 Minuten nördlicher Breite und 30 Grad 31 Minuten östlicher Länge gefunden worden. Das Hilfskomitee hält die Vermutung für wahrscheinlich, daß Amundsen die „Italia“-Gruppe erreicht hat und sich bei ihr befindet. Mussolini hat ein Danktelegramm an die Sowjetregierung gerichtet und durch den Botschafter in Moskau außerdem für das hochherzige und heldenhafte Werk, der „Kraffin“-Expedition, den Dank mündlich aussprechen lassen.

Letzte Nachrichten

Unterzeichnung des Kellogg-Paktes im Oktober?

WTB. New York, 14. Juli. (Tel.) Wie der Washingtoner Korrespondent der New-Yorker „Times“ meldet, ist das Staatsdepartement der Meinung, daß im Falle einer normalen Abwicklung der Verhandlungen der Antikriegspakt im nächsten Oktober in Paris unterzeichnet werden wird. Es ist noch nicht sicher, ob Kellogg der Unterzeichnung wird beiwohnen können.

WTB. New York, 14. Juli. (Tel.) Wie „Gerald and Tribune“ aus dem Sommeraufenthalt des Präsidenten Coolidge melden, hat der Präsident, der durch Staatssekretär Kellogg sofort von dem Eintreffen der Zustimmung Deutschlands zu dem Antikriegspakt verständigt wurde, seiner Genehmigung darüber Ausdruck gegeben, daß die deutsche Antwort so rasch erfolgt und in so sympathischer Form abgefaßt ist. Der Präsident erblide hierin sowie in der französischen Zusage einen ermutigenden Fortschritt, der ihn in seinem Bestreben, den Vertrag baldmöglichst dem Senat vorzulegen, unterstützen werde.

Die Gemeinde Wien und die „Bremen“-Flieger

WTB. Wien, 14. Juli. (Tel.) Nach einer Meldung der „Arbeiterzeitung“ findet der ursprünglich vorgesehene Empfang der „Bremen“-Flieger im Rathaus nicht statt. Die Gemeinde Wien werde sich auch an den sonstigen Empfangsfeierlichkeiten nicht beteiligen. Diese Meldung wird von dem Empfangskomitee, das sich zur Begrüßung der Flieger in Wien gebildet hat, bestritten.

Reichsrat und Amnestie

Im Reichsrat wurde das Amnestiegesetz einstimmig angenommen.

Wahr. Gesandter von Preger legte dagegen Verwahrung ein, daß auch in diesem Falle eine Änderung der Reichsverfassung, für die kein zwingender Grund vorliegt, vorgenommen und dadurch ein wesentliches verfassungsmäßiges Landesrecht wertlos gemacht werde. Im aber die Amnestie, mit der Bayern sachlich einverstanden sei, nicht zu gefährden, wird Bayern gleichwohl für die Vorlage stimmen.

Sachsen schloß sich der bayerischen Erklärung an. Der Vertreter von Baden erklärte: Meine Regierung hält grundsätzlich an der Auffassung fest, daß dem Reiche keine Zuständigkeit zu einem solchen Amnestiegesetz gegeben ist. Nachdem aber der Reichstag die Vorlage mit einer zur Verfassungsänderung notwendigen Mehrheit angenommen hat, wird Baden auf Einlegung des Einspruchs verzichtet. Dieser Erklärung schlossen sich die Vertreter von Hessen an. Die Vertreter von Oldenburg und Bremen schlossen sich der bayerischen Erklärung an.

Das Gutachten über den Fall Jakubowski. Der Staatsminister a. D. Wäger aus Dresden ist zur Erstattung seines Gutachtens über den Fall Jakubowski in Neustrelitz eingetroffen. Sein Gutachten ist sehr umfangreich. Es kommt zu dem Ergebnis, daß die vom Urteil des Schwurgerichtes Schönberg getroffene Feststellung der Täterschaft des Jakubowski zur Zeit nicht als erschüttert anzusehen ist. Die Klärung der weiteren Frage, ob und inwiefern noch andere Personen an der Tat beteiligt sind, soll durch eine gerichtliche Voruntersuchung erfolgen.

Die Autonomisten Baumann und Kohler freigesprochen. Der Appellationsgerichtshof in Colmar hat der Berufung der wegen angeblicher Spionage in erster Instanz zu Gefängnis und 500 Francs Geldstrafe verurteilten Autonomisten Baumann und Kohler stattgegeben und die beiden Verurteilten freigesprochen. In der Begründung wird ausgeführt, daß Baumann und Kohler durch ihre Familienbeziehungen, durch ihre häufigen Reisen bzw. längeren Aufenthalte in Deutschland sich verdächtig gemacht hätten, daß jedoch angesichts des Nichtübereinstimmens verschiedener Zeugenaussagen der sichere Beweis für Spionage nicht erbracht worden sei.

Der Reichsrat wird sich mit der vom Reichstag angenommenen Vorlage zur Senkung der Lohnsteuer in seiner Vollversammlung am Donnerstag, den 19. Juli, beschäftigen.

Wirtschaftspartei und Bauernpartei. Die Mitglieder der Deutschen Bauernpartei im Reichstage haben sich jetzt der Deutschen Wirtschaftspartei als Hospitanten angeschlossen, um auch eine Vertretung in den Ausschüssen zu erlangen. Die Gruppe behält im übrigen ihre Selbständigkeit bei. Die Fraktion der Wirtschaftspartei zählt durch diesen Zuwachs nunmehr 31 Abgeordnete.

Polen und Litauen. Nach Meldungen aus Warschau gilt es als sicher, daß auch die hier in der polnisch-litauischen Verkehrskommission geführten Verhandlungen ergebnislos verlaufen, wie die feierzeit in Kowno.

Erfolg der englischen Arbeiterpartei. Bei einer Nachwahl zum Unterhaus in Halifax (Yorkshire) gewann der Kandidat der Arbeiterpartei, Longbottom, einen bisher mit einem Liberalen besetzten Sitz. Longbottom erhielt 17 536 Stimmen, der Liberale Barnes 12 585 und der Konservative Cropley 10 804 Stimmen.

Die Mandchurerei und Kanking. Der Sohn Tschangtschins, Tschangtschuan, verhandelt mit der Kankingregierung, der er sich angeschlossen unterstellen will, wobei er eine gewisse Autonomie der Mandchurerei anstrebt.

* Die ersten Arbeiten des neuen Reichstags

Der neue Reichstag hat sich, bevor er in die Sommerferien ging, mit drei Angelegenheiten zu beschäftigen gehabt. Ungeteilte Freude wird über die Art und Weise, wie sie erledigt worden sind, wohl nirgends herrschen. Zufrieden kann höchstens die Opposition sein, die gesehen hat, daß die koalitionsmäßige Grundlage der Regierung einzuweichen noch wenig fest ist.

Die erste Angelegenheit betraf den Nationalfeiertag. Sie ist dem Rechtsausschuß überwiesen worden und wird demgemäß erst im Herbst entschieden werden können. Die Deutsche Volkspartei ist bei ihrem Widerspruch gegen die gesetzliche Festlegung des Nationalfeiertags am 11. August geblieben. Das Zentrum wird nicht direkt dagegen stimmen, würde es aber aus rein praktischen Gründen begrüßen, wenn man für den Nationalfeiertag eine kalendermäßig besser gelegenen Termin ausfindig machen könnte. Für den 11. August sind eigentlich nur die Sozialdemokraten und Demokraten. Und so ist es heute noch recht zweifelhaft, ob im Herbst eine Mehrheit für den 11. August als Nationalfeiertag zustande kommen wird.

Allerdings würde ein solches Nichtzustandekommen sehr ungünstig auf die Frage der Koalitionsbildung in Preußen und im Reich abfärben. Bleibt die Deutsche Volkspartei bei ihrem Widerspruch gegen den 11. August, und wird die Sache zum Scheitern gebracht, dann werden die Sozialdemokraten in Preußen womöglich nicht geneigt sein, die Deutsche Volkspartei in die dort regierende Koalition aufzunehmen. Das müßte dann aber wieder seine Rückwirkung auf die Verhältnisse im Reich haben. Stillschweigende Voraussetzung ist eben doch, daß im Herbst die große Koalition in aller Form in Preußen und im Reich aufgezogen wird. Dazu ist aber notwendig, daß die in Betracht kommenden Parteien sich auch über die Grundzüge der Regierungspolitik einig werden.

Nun braucht man natürlich Fragen, wie der des Nationalfeiertags und der der Lohnsteuerentwurf, nicht gerade die Bedeutung von entscheidenden Fragen beizumessen. Die Hauptsache ist die Fortführung der Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik in ihrer Gesamtheit. Einigt man sich hier, so könnte man die jetzt vorweggenommenen beiden Fragen mehr in den Hintergrund schieben und sich mit der Tatsache abfinden, daß sowohl in der einen, wie in der andern die Deutsche Volkspartei gegen die Regierung gestimmt hat. Die Lohnsteuerentwurf ist in der dritten Lesung mit 210 gegen 188 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen worden. Dafür haben Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Nationalsozialisten gestimmt. Ferner einige Abgeordnete der Deutschen Volkspartei. Das Gros dieser Partei aber stimmte mit den übrigen Parteien gegen die Lohnsteuerentwurf.

Das Abstimmungsergebnis bei Beratung der dritten Angelegenheit, mit welcher sich der Reichstag zu beschäftigen hatte, war günstiger: das Amnestiegesetz wurde mit einer Mehrheit angenommen, die mehr als zwei Drittel umfaßt. Damit wird das Amnestiegesetz auch für die Länder bindend.

Der Reichsjustizminister hat bei der Beratung des Amnestiegesetzes erklärt, man solle nicht glauben, daß diese Amnestien eine regelmäßige Einrichtung werden würden, man solle vielmehr damit rechnen, daß jetzt für längere Zeit damit Schluss sei. Das ist bisher bei einer jeden Amnestievorlage gesagt worden. Hoffentlich hält man sich von jetzt ab etwas genauer an diese Versicherung. Vom Standpunkte der Menschlichkeit aus wird jeder Staatsbürger, ganz gleich, welcher Partei, den Amnestierten die Freude am Straferlass gönnen. Vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus betrachtet, sehen die Dinge jedoch etwas anders aus. Fortgesetzte Amnestien bilden eine Einladung zu neuen politischen Verbrechen. Es gibt heute Politiker genug, welche von der Bedenklichkeit einer gar zu weit getriebenen Milde innerlich vollkommen überzeugt sind und im Hinblick auf so manche Erscheinungen des öffentlichen Lebens eher strengere Bestrafungen für nützlich halten. Solche Politiker werden darauf hinweisen, daß die Amnestie nun wieder Duzende und Duzende von politischen Attentätern in Freiheit setzt, und daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Gebrauch, den die meisten dieser Amnestierten von ihrer Freiheit machen

werden, für die Ruhe und Ordnung in unserem Vaterland gewiß kein guter sein wird. Man kann nur hoffen und wünschen, daß sich diese Auffassungen als zu pessimistisch erweisen.

Was die Lohnsteuererleichterung anlangt, so hat sie für den einzelnen Arbeitnehmer nur sehr geringen Wert. Der Betrag, den der einzelne dabei erspart, fällt kaum ins Gewicht. Zusammen genommen handelt es sich aber um eine Summe von weit über 100 Millionen Reichsmark. Und für die Länder und Gemeinden ist es gewiß wenig erfreulich, daß 75 Proz. der Lohnsteuererleichterung zu ihren Lasten gehen.

Den weiten Schichten der Arbeitnehmer und Konsumenten wäre wirklich viel mehr damit gedient, wenn es gelänge, durch Senkung der Lebensmittelpreise die Lebenshaltung zu verbilligen. Der Reichstag hat zusammen mit der Lohnsteuererleichterung einen Antrag auf allgemeine Steuererleichterung im Herbst mit großer Mehrheit angenommen. Wenn unsere Wirtschaft prosperieren soll, dann muß allerdings die Steuerlast, die auf ihr ruht, gemildert werden. Dann werden auch die Preise in erträglichen Grenzen gehalten werden können.

Wie das allerdings bei einer Erhöhung der Eisenbahntarife möglich sein soll, ist eine andere Frage. Und diese Tarifierhöhung wird nach wie vor von der Reichsbahn energisch gefordert. Begründet wird sie im wesentlichen mit den Gehalts- und Lohn erhöhungen. Sollte sie kommen, so wird sie vielleicht allen Schichten unseres Volkes eine Lehre sein. Und zwar eine Lehre dahingehend, daß es nicht angängig ist, unterschiedslos Gehalts- und Lohn erhöhungen zu bewilligen, ohne sich zu fragen, ob denn der Betrieb — mag dieser Betrieb nun heißen, wie er will — die aus der Erhöhung erwachsenen Mehrkosten auch aufbringen kann.

Badischer Goutag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hielt in Freiburg seinen badischen Goutag unter recht zahlreicher Beteiligung der badischen Verbände ab. Samstag abend fand in der städtischen Festhalle unter Mitwirkung der Polizeikapelle Freiburg, des Arbeiterfängerorchesters und des Balletts vom Stadttheater sowie Herrn Stauders vom Stadttheater ein Begrüßungsabend statt. Dabei sprach auch der Vertreter der französischen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Bidot, von lebhaften Weisfalsäußerungen unterbrochen, über die Notwendigkeit der Verständigung der Völker untereinander, insbesondere der Nachbarn Deutschland und Frankreich. Es gelte jetzt nicht, sich allein zu retten, um alle anderen zu opfern. Der Weg zum Frieden sei noch voller Hindernisse. Deutschland und Frankreich müßten endlich den Weg der Verständigung beschreiten, um nicht nur in Deutschland und Frankreich, sondern in ganz Europa den endgültigen Frieden einzuleiten zu lassen.

Nach Bidot sprach der Goutagvorstand des Gau Badens, Dr. Heffenstein, der insbesondere auf die Aufgaben des Reichsbanners, die in der Erziehung des Volkes zur Republik bestanden, hinwies. Als Vertreter des Bundesvorstandes nahm sodann Herr Gebhardt das Wort, der in ähnlichem Sinne wie sein Vorredner die Aufgaben des Reichsbanners unterstrich. Namens der Landesregierung und der Stadt hießen sodann Landrat Wähle und Bürgermeister Dr. Osner die von auswärts nach Freiburg gekommenen Reichsbannerleute in den Mauern der Stadt herzlich willkommen. Nachdem der Bundesvorstand mitgeteilt hatte, daß der Reichstagsangler a. D. Dr. Birth, General von Deimling und Dr. Ludwig Haas, R. d. N., verhindert seien, an der diesjährigen Goutagung des Reichsbanners teilzunehmen, sprach der Hauptredner des Abends, Friedrich Wagner, Goutagvorstand des Gau Pfalz, der seinerseits nochmals die Aufgaben des Reichsbanners zur republikanischen Erziehung des Volkes und die Arbeit des Reichsbanners an der Versöhnung der Völker untereinander betonte.

Nachdem am Sonntag morgen durch eine Revolte in allen Stadtteilen der Kameraden des Reichsbanners Gelegenheit zum Besuch des Gottesdienstes gegeben worden war, fand gegen 10 Uhr der Abmarsch der Fahnenlegationen zur Kranzniederlegung am Grab Max Vorius, eines alten Freiheitskämpfers aus dem Jahre 1848, auf dem Viehrei-Friedhof statt, wobei Kamerad Martin Benedek eine Gedächtnisrede für die im Jahre 1848 für die Freiheit und das Symbol der Flagge Schwarz-Rot-Gold gefallenen Helden hielt. Er würdigte dabei insbesondere die Verdienste jener Männer, deren Vorkämpfer der Boden für die heutige Republik Deutschland geworden haben. Der Redner kam dabei zu einem Vergleich mit der heutigen Zeit, die in Deutschland noch keine Festigung des republikanischen Gedankens und der republikanischen Staatsform gebracht habe.

Nach einem Konzert, das um 11 Uhr im Stadtgarten von der Polizeikapelle veranstaltet wurde, bewegte sich mit reichlicher Verspätung gegen 14 Uhr ein Festzug zum Festplatz auf der Schwarzwaldstraße, wobei unterwegs am Oberplatz der Vorbesitzer der Kolonnen vom Bundesvorstand abgenommen wurde. Auf dem Festplatz sprach nach Professor Kuppel ein Vertreter der Regierung, worauf der Hauptredner der Fahnenweiche, Reichstagsabgeordneter Stephan Meier, das Wort nahm, um zunächst Grüße des Reichsinnenministers Seewering zu übermitteln. Der Redner beleuchtete in seinen Worten die seit der Weimarer Verfassung von den führenden Männern der Republik geleistete Aufbaubarbeit. Das Reichsbanner werde nach wie vor getreu seiner vierjährigen Tradition für den Schutz der Weimarer Verfassung und der Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold eintreten. Ein kameradschaftliches Beisammensein auf dem Festplatz beschloß die eindrucksvolle Kundgebung für den republikanischen Gedanken.

Volkshühnensekretariat Baden-Württemberg. Der Verband der deutschen Volkshühnenervereine beschloß, für Baden und Württemberg zusammen ein neues hauptamtlich verwaltetes Bezirkssekretariat zu schaffen. Der von Frankfurt aus geleitete Bezirk, dem bisher Baden angehörte, erwiderte sich längst als viel zu umfangreich für eine intensive Bearbeitung. Die Verbindung Württembergs und Badens bei hauptamtlicher Besetzung des Bezirkssekretariats verspricht eine größere Möglichkeit, den längst von Baden gehegten Wünschen einer stärkeren Volkshühnpropaganda gerecht zu werden. Der Sitz des neuen Sekretariats, dessen Leitung Arthur Krämer, Berlin, übertragen wurde, wird voraussichtlich Karlsruhe sein.

Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 18. Juli.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Lobe mit, daß sich ein Ausschuss für Leibesübungen gebildet und den Abgeordneten Schred (Soz.) zum Vorsitzenden gewählt hat. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Vorlage, durch die in dem Gesetz über Einstellung des Personalabbaues die Frist zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Wartungsbeamten bis zum 31. Januar 1929 verlängert werden soll.

Abg. Gottheimer (Dntl.) begründet eine Entschließung, den Entwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Wartungsbeamten mit möglicher Beschleunigung vorzulegen. Ministerialdirektor Dr. Lotholz erklärt, das vorbereitete Gesetz über die Anrechnung der Wartungszeit auf das Pensionsdienstalter werde rückwirkend Kraft bis April 1926 haben.

Die Vorlage wird in dritter Beratung angenommen. Die Entschließung abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zur Unfallversicherung. Dadurch sollen in die Unfallversicherung eingeschlossen werden der Feuerwehrdienst, das Personal der Krankenhäuser und Pflegeanstalten, naturwissenschaftliche und technische Laboratorien, der Betrieb der Schaupielunternehmungen, der Schaustellungen und Lichtspielbetriebe.

Abg. Frau Schröder (Soz.) wünscht die Ausdehnung auf weitere Kreise des Pflegepersonals, auch auf die Schwestern und Ärzte. Die Gehaltsgrenze von 8400 M sollte gestrichen werden.

Ein Regierungsvertreter erklärt, das Arbeitsministerium werde noch in der Sommerpause eine Denkschrift über den Ausbau der Unfallversicherung herausgeben. Die Vorlage wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Das internationale Abkommen über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei der Unfallentschädigung wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zur Beratung kommen hierauf die Anträge der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei über die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms.

Ein Antrag Stegerwald (Ztr.), Reich (W.B.) verlangt eine Nachprüfung der Richtlinien für die Verwendung von Reichsmitteln zur Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Bis zum Abschluß dieser Prüfung sollen Reichsmittel nicht hergegeben werden. Ein Reichstagsausschuss soll mit der Ausarbeitung neuer Richtlinien beauftragt werden.

Reichsfinanzminister Dietrich bittet, sämtliche Anträge einem Ausschuss zu überweisen, der alle landwirtschaftlichen Fragen, auch die der Landarbeiter behandeln müßte. Einzelne Punkte in den vorliegenden Anträgen seien bedenklich. Im Ausschuss werde sich leichter eine Verständigung erreichen lassen als durch eine längere Debatte im Plenum.

Angenommen wird der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Einsetzung eines Ausschusses zur weiteren Durchführung des Notprogramms, ebenso der Antrag Stegerwald-Lotholz. Die übrigen Anträge werden dem neuen Ausschuss überwiesen.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) begründet kurz den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Liquidierung der Arbeiten des früheren Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruchs.

Abg. Graf zu Reventlow (Natsoz.) bezeichnet es als Schande, daß die Heerführer durch Juden befragt wurden. Präsident Lobe ruft den Redner zweimal zur Ordnung. Der Antrag Dr. Bell wird angenommen.

Der Entwurf über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso die Änderung der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher.

Der Entwurf zur Verlängerung des Steuerermäßigungsgesetzes bis zum 30. September 1929 wird nach kurzer Aussprache in erster und zweiter Beratung angenommen. Der dritten Beratung wird von den Kommunisten widersprochen. Es folgt

die zweite Beratung der Amnestievorlage in der Kompromißfassung, die im Rechtsausschuss Annahme gefunden hat.

Reichsminister Koch drückt seine Freude aus über die große Mehrheit, mit der der vorliegende Entwurf im Ausschuss angenommen worden ist. Die Notwendigkeit konnten aus praktischen Gründen nicht unter die Reichsammnestie fallen, aber wir wollen Begnadigung für solche Fälle empfehlen. Wenn das Reich die Amnestie für politische Delikte auch auf die Länder ausgedehnt hat, so ist das keine unitarische Rechtsaberei, sondern der einzig praktische Weg. Auch unter dem alten Regime ist 1913 eine Reichsammnestie mit Wirkung für die Länder erlassen worden. Es darf aber nicht die Meinung aufkommen, als wäre in regelmäßigen Zeitabständen damit zu rechnen, daß die Gerichtsurteile durch Amnestien weggeschwemmt werden. Wir wollen jetzt mit der Amnestie vorgehen, weil wir einen Schlüssel ziehen wollen unter die Zeit der Erregung und Erbitterung.

Abg. Dr. Everling (Dntl.) bedauert, daß die Amnestie nicht weiter gegangen sei vor allem in der Amnestierung der sog. Fememörder.

Abg. Gesehle (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten und bezeichnet die Vorlage als unzureichend. Abg. Dittmann (Soz.) Die Sozialdemokratie betrachtet die Amnestiefrage nicht als Parteifrage. Die schwebenden Urteile, die der Abg. Gesehle über das Gesetz abgegeben hat, finden ihre treffendste Unterlegung in der Tatsache, daß die Kommunisten selbst dem Gesetz zustimmen wollen.

Abg. Dr. Frid (Natsoz.) beantragt vollen Straferlass für die sog. Fememörder und Aufhebung auch der Disziplinarstrafen. Abg. Wegmann (Ztr.) erklärt, das Zentrum lasse keinen Zweifel daran, daß diese Amnestie die letzte sein müsse, wenn nicht die deutsche Rechtspflege und die deutsche Republik den schwersten Schaden erleiden soll.

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wird hierauf die Vorlage gegen die Bahr, Volkspartei und Deutsch-Pannoveraner in zweiter Lesung angenommen.

In der Schlussabstimmung der dritten Beratung wird die Vorlage gegen die Bahr, Volkspartei und Deutsch-Pannoveraner angenommen.

Präsident Lobe stellt fest, daß die für verfassungsändernde Gesetze erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht sei. Angenommen wird mit großer Mehrheit die Ausschussentschließung, die den Ländern die Begnadigung bei Rechtsabstimmungen empfiehlt.

Die Entschließung der Deutschnationalen, die den Ländern weitergehende Strafmilderungen für die sog. Fememörder empfiehlt, wird abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

In seinem Schlusswort begrüßt Präsident Lobe den Zentrumsvizepräsidenten Gerold zu seinem bevorstehenden 80. Geburtstag. Der Präsident erhält dann die Ermächtigung, den Zeitpunkt der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen.

Der Reichstag wird voraussichtlich am 10. November wieder zusammentreten.

Eröffnungsfeier der neuen Murgtalbahn

Raumünzach—Klosterreichenbach

Die schon kurz gemeldete Eröffnung der neugebauten Murgtalbahnstrecke Raumünzach—Klosterreichenbach, der Verbindungsstrecke für die nunmehr durchgehende Murgtalbahn, war ein Festtag nicht nur für die Teilnehmer der Feier, sondern auch für die gesamten an der Bahn liegenden Gemeinden, die durchweg reichen Festschmuck angelegt hatten. Die beiden Sonderzüge mit den Festteilnehmern aus Baden und Württemberg, zusammen etwa 300 Personen, trafen gegen 11 Uhr in Klosterreichenbach ein. Die badische Regierung war durch Justizminister Trunk vertreten, an Stelle des Staatspräsidenten Dr. Remmel, der durch die Verhandlungen im Landtag abgehalten war, die württembergische Regierung durch den Staatspräsidenten Holz, den Justizminister Beherle und Finanzminister Dr. Dehlinger.

Auf dem reichgeschmückten Bahnhof Klosterreichenbach, wo ein großer Teil der Gemeindeangehörigen sich versammelt hatte, hielt der Schultheiß eine Begrüßungsansprache, auf die der Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart, Dr. Sigel, mit einer Ansprache erwiderte, in der er die wirtschaftliche Bedeutung der neuen Bahnstrecke betonte. Justizminister Beherle begrüßte darauf die Gäste namens der württembergischen Regierung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Verbindung die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten noch weiter fördern werde. Nach einem im Hotel zur „Sonne“ eingenommenen Lunch bestiegen die Gäste den bereitstehenden, mit Girlanden geschmückten Sonderzug, der sodann die 15 Kilometer lange Bahnstrecke abfuhr, unterwegs durch Wöllersbüsch begrüßt. Auf den einzelnen Bahnhöfen hatten sich vor den schmucken Stationsgebäuden die Schultheiße bzw. Bürgermeister inmitten der Gemeindeväter, der Schulkinder und fast der gesamten Gemeinden eingefunden und begrüßten in Ansprachen, in denen sie den Hoffnungen und Wünschen Ausdruck gaben, die an die neue Linie geknüpft werden, die Festteilnehmer. Vorträge von Gesangsvereinen und Musikkapellen umrahmten überall die Empfangsfeierlichkeiten. Die jeweils zuständigen Reichsbahnpräsidenten erwiderten auf diese Ansprachen.

Auf der badischen Station Kirchbaumlosen begrüßte der badische Justizminister Dr. Trunk namens der badischen Regierung und des badischen Volkes die Gäste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bahn zum wirtschaftlichen Aufblühen der angeschlossenen Gemeinden beitrage und der Bahnverkehr von Unglücksfällen verschont bleiben möge. Von Raumünzach, der letzten badischen Station der neuen Strecke, fuhr dann der Zug mit den Festgästen nach Schönmünzach zurück. Hier wurden die Teilnehmer durch einen Festzug von Trachtengruppen und einem Zug, der der Verkehrsentwicklung von der Postkutsche bis zum Kraftwagen darstellt, überreicht. Letztere werden mit diesem Tage aus dem Verkehr ausscheiden. Es wurden eine Anzahl Ansprachen gehalten. Der Landrat von Freudenstadt sprach namens der an der Strecke beteiligten Gemeinden und Bezirke und dankte für die Verwirklichung der Bahn und wünschte dabei unter Anspielung auf die Vereinstätigungspläne, daß einmal die Schranken fallen möchten, die der gemeinsamen Zusammenarbeit der benachbarten Länder in wirtschaftlicher Beziehung entgegenstünden. — Im Hotel zur „Rost“ wurde ein gemeinsames Mittagmahl eingenommen.

Der Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart, Dr. Sigel,

gab eine Vorgesichte der Bahn, deren Anfang auf der badischen Seite bis auf das Jahr 1869 zurückreicht, während auf der württembergischen Seite das erste Stück, Freudenstadt—Klosterreichenbach, im Jahre 1901 in Betrieb kam. Seit dem Jahr 1915 war auf der badischen Seite Raumünzach—Endstation. Der Staatsvertrag zwischen Württemberg und Baden über die Vollenzung des Zwischenstückes Klosterreichenbach—Raumünzach wurde erst am 18. Juni 1912 ratifiziert. Auf der württembergischen Seite hat man damals ausgerechnet, daß der Bau der Linie für die württembergische Staatsbahn die Folge von Einnahmeausfällen, insbesondere im Güterverkehr, haben werde, Bedenken, die auch bei den Beratungen im Landtag zum Ausdruck kamen. Sie wurden schließlich zurückgestellt, ein leiser Nachklang hieron liegt aber wohl in der verhältnismäßig langen Bauzeit von acht Jahren, die Württemberg mit Rücksicht auf seine schlechte Finanzlage verlangte.

Bahnen, die Einnahmeausfälle bringen, baut man nicht gerne, zumal wenn man, wie die alte württembergische Staatsbahn, finanziell nichts weniger als auf Rosen gebettet ist.

Dann kam 1914 der Krieg, der die Einstellung aller derartigen Bauten brachte, und nach dem Krieg kam die Staatsumwälzung. So konnten die Bauarbeiten auf dem württembergischen Gebiet erst im Jahre 1919 aufgenommen werden. Der am 1. April 1920 erfolgte Übergang der Länderbahnen an das Reich hatte zunächst keine Unterbrechung der Bauarbeiten zur Folge. Ende 1923 mußten dann die ganzen Bauarbeiten an der Murgtalbahn wie an allen im Bau befindlichen Nebenbahnen eingestellt werden, weil die Reichsbahn sich unter der Nachwirkung der bösen Inflationszeit schlechterdings nicht in der Lage sah, die Geldmittel aufbringen zu können. Schließlich griff das Reich ein, das jetzt an sich die Pausen hatte, indem es der Reichsbahngesellschaft die zur Fertigstellung der Bahn erforderlichen Mittel darlehensweise zur Verfügung stellte. So konnte der Bau im Jahre 1926 wieder aufgenommen und in rascher Folge fertiggestellt werden.

Heute gibt es zwischen den Direktionen keine widerstreitenden Interessen finanzieller Natur mehr, wie sie früher zur Zeit des Wettbewerbs der Länderbahnen bestanden haben. Wir sind jetzt Teile eines großen Ganzen und erhalten unsere Direktiven von Berlin, wo man selbstverständlich gar kein Interesse für die alten verkehrsparlamentaristischen Erwägungen hat. Der Güterverkehr, auf den es beim Verbleiben hauptsächlich ankommt, wird jetzt ohne jede Rücksicht auf die Ländergrenzen so gefahren, wie es betrieblich und wirtschaftlich am zweckmäßigsten ist.

Die Neubaulänge der Bahn beträgt 14,8 Kilometer, wovon der Unterbau auf etwa 8 Kilometer bei der im Jahre 1923 verfügbaren Einstellung des Baues bereits fertiggestellt war. Die gesamten Baukosten der Bahn betragen 5,2 Millionen Reichsmark, wovon 3,5 Millionen auf die Zeit von 1926 bis jetzt entfallen. Geologisch liegt die Bahn auf Klosterreichenbach im Buntsandstein; gegen die Landesgrenze tritt Gneisfels auf, während auf dem badischen Gebiet viel Felsarbeit im Ganzen notwendig wurde, es mußten drei Brücken und zwei Tunnel gebaut werden. Es war also ein hartes Stück technischer Arbeit, das hier zu bewältigen war. Leider hat der Bau zwei Menschenleben gekostet. Zwei Arbeiter sind beim Bau tödlich verunglückt. Auch ihrer wollen wir heute gedenken.

Die Bedeutung der neuen Bahn liegt auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Sie wird den Ausfluß und Fremdenverkehr des ganzen Murgtals bis hinauf nach Freudenstadt und Umgebung heben, und sie wird den Güterverkehr, insbesondere den Kohlen- und Holzverkehr, wesentlich erleichtern.

Er schließt mit einem Hoch auf die Murgaltbahn und die beteiligten Gemeinden.

Der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Freiherr von Ely-Rübenach,

ergänzte die Ausführungen Dr. Sigels durch einen Überblick über die Entstehung der Bahn auf der badischen Seite:

Die ersten Petitionen der badischen Murgaltalbevölkerung gehen bis auf das Jahr 1858 zurück. Der ursprüngliche Plan war für ein Eisenbahnnetz, das die Murgaltal, den württembergischen Schwarzwald und Freiburg mit der Hochebene der badischen Baar, mit Willingen und Donaueschingen verbindet.

Für einen so weittragenden Plan waren aber Regierung und Landstände nicht zu gewinnen. Die Kosten für die Rheinfalllinie hatten schließlich das 2 1/2fache des Voranschlags betragen, wie denn überhaupt in jener Zeit bei allen Projekten die Kaufsumme stets zu gering veranschlagt worden ist.

Im Jahre 1908 wurde der Vertrag zwischen Baden und Württemberg über die Herstellung einer Eisenbahnverbindung innerhalb von acht Jahren von Weissenbach über Schönmünzach nach Klosterreichenbach abgeschlossen.

Der Redner behandelte dann die Frage des Baues neuer Bahnen überhaupt. Die deutsche Eisenbahnkarte zeigt ein engmaschiges Netz. Für große Durchgangslinien ist kaum noch irgendwo Raum vorhanden.

Justizminister Dr. Trunk gab der Freude Ausdruck, daß nach so vielen Jahren der Beratungen und Verhandlungen jetzt endlich die Bahn verwirklicht worden sei.

An den Reichspräsidenten von Hindenburg und den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Pöppel, wurden Begrüßungsgramme abgelesen. Es nahmen dann noch weiter das Wort Oberbürgermeister Renner für die Stadt Karlsruh und die anderen badischen Murgaltalstädte.

Gegen 5 Uhr fuhren die an der Eröffnungsfeier Teilnehmenden nach Forbach, wo die Städte Karlsruh, Gaggenau, Gernsbach und Forbach zum Kaffe eingeladen hatten.

Wettbewerb für die Friedhofserweiterung in Immendingen. Dieser Tage wurde der von der Stadt Immendingen ausgeschriebene engere Wettbewerb zur Gewinnung von Entwürfen für eine Friedhofserweiterung und Neugestaltung im badischen Landesgewerbeamt durch das Kreisgericht entschieden.

Tagungen. Badischer Landesfischereiverein. Die diesjährige Hauptversammlung des Badischen Landesfischereivereins findet am Sonntag, den 22. Juli 1928, in Säckingen in der Aula des Realgymnasiums statt.

Der Reichsfeuerwehrtag. Auf dem in Breslau abgehaltenen 20. Deutschen Reichsfeuerwehrtag, zu dem etwa 30 000 Feuerwehrleute aus dem Reich erschienen waren, beschloß die nächste Tagung in Karlsruhe abzuhalten.

Gemeinde-Rundschau

Der Voranschlag der Stadt Rehl. Der Bürgerausschuß hat den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1928 verabschiedet. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein einstündiges Exposé des Bürgermeisters Dr. Kraus über die Notlage der Stadt unter besonderer Berücksichtigung der hohen Erwerbslosenziffer und stetig wachsenden Fürsorgelasten.

Bürgermeisterwahl. Zum Bürgermeister von St. Leon bei Schwetzingen, wurde der Postwirt Karl Schnorrberger gewählt. Der Bürgerausschuß Kufloch beriet den Voranschlag. Trotzdem sich das Betriebsvermögen verringert und der Gewerbeertrag sich um 7000 RM gesenkt hat, kann der Steuerfuß wie im Vorjahre belassen werden.

Die Wohnungsnot in Mannheim. Wie aus der Wohnungskartographie zu ersehen ist, sind in Mannheim 6782 Familien ohne Wohnung. In Ludwigshafen sind es 8025 wohnungslose Familien. 76,1 Prozent dieser Familien sind bei Verwandten untergebracht.

Aus der Landeshauptstadt. Die Badzüge Karlsruhe-Magau verkehren am morgigen Sonntag. Ein Druckfehler hat sich in unsere gestrige erste Lokalanotiz eingeschlichen, den unsere Leser wohl schon richtiggestellt haben werden.

Das Bad. Landestheater veröffentlichte im Anzeigenteil die Einladung zur Plakmierte und Plakhsicherung für die Spielzeit 1928/29.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heutige Wetter mit fast subtropischer Temperatur (Rheinebene bis 34 Grad, Hochschwarzwald 22 Grad) dauert fort.

bid. Baden-Baden, 13. Juli. Verschiedene badische Blätter brachten die Meldung des Berliner „Süddeutschen“, wonach sich hier die Sekretärin des Verbandes zum Schutze mitalischer Aufführungsrechte (Gema) mit Kerosin vergiftet habe.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung Sammlung des Melanchthonvereins Karlsruhe.

Dem Melanchthonverein für Schülerheime in Karlsruhe, Werderstr. 4, wurde auf Grund der Bundesratsverordnung über die Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der Badischen Ausführungsverordnung dazu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 49) die Genehmigung erteilt, für die Unterhaltung und Neuerrichtung der Schülerheime des Melanchthonvereins bis zum 31. Dezember 1928 beim evangelischen Volksteil im Lande Baden eine Sammlung von Haus zu Haus zu veranstalten.

Karlsruhe, den 11. Juli 1928.
Der Minister des Innern
J. B.: Föhrenbach

Bekanntmachung

des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland betr. die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter vom 11. Juli 1928.

Die Abgrenzung der Arbeitsämter im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland hat bei ihrer endgültigen Festsetzung durch den Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin die aus meiner Bekanntmachung vom heutigen Tage ersichtlichen Änderungen erfahren. Mit Rücksicht hierauf ersuche ich die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die auf Grund meiner Bekanntmachung vom 5. v. Mts. im gleichen Betreff (Bad. Staatsanz. Nr. 131) eingereichten Vorschläge einer Nachprüfung zu unterziehen und mir die abgeänderten Vorschläge tunlichst bald, spätestens bis zum 20. d. Mts., zu übermitteln.

Die Zahl der Mitglieder in den Verwaltungsausschüssen der in Betracht kommenden Arbeitsämter beträgt nach dem Beschluß des Verwaltungsausschusses (geschäftsführenden Ausschusses) des Landesarbeitsamts vom 14. Mai d. J. für jede der drei Gruppen beim

Arbeitsamt Bad Mergenheim	5
Arbeitsamt Konstanz	5
Arbeitsamt Ravensburg	6
Arbeitsamt Sigmaringen	5
Arbeitsamt Ulm	6
Arbeitsamt Vöhringen	5

Stuttgart, den 11. Juli 1928.
Kälin

Bekanntmachung

des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland über die Festsetzung der Grenzen der Arbeitsämter vom 11. Juli 1928.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin hat durch Bescheid vom 5. d. Mts. die durch den Vorstand der Reichsanstalt festgesetzte, in meiner Bekanntmachung vom 5. v. Mts. über die Festsetzung der Grenzen der Arbeitsämter (Bad. Staatsanzeiger Nr. 131) veröffentlichte Abgrenzung der Arbeitsämter im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland wie folgt geändert:

1. An Stelle des Arbeitsamts Lauda tritt das Arbeitsamt Mergenheim.
 2. Das Arbeitsamt Friedrichshafen kommt in Wegfall.
 3. Es umfassen die Arbeitsämter
Konstanz: die Amtsbezirke Konstanz, Engen, Etodach, Überlingen,
Ravensburg: die Oberamtsbezirke Ravensburg, Tettnang, Wangen, vom Oberamtsbezirk Saulgau die in der Bekanntmachung vom 5. v. Mts. aufgeführten Gemeinden und die hohenzollernsche Gemeinde Albersberg,
Sigmaringen: den Kreis Sigmaringen, die Amtsbezirke Pfundersdorf und Meßkirch, den Oberamtsbezirk Meßlingen, vom Oberamtsbezirk Saulgau die in der Bekanntmachung vom 5. v. Mts. aufgeführten Gemeinden, vom Oberamtsbezirk Neutlingen die Gemeinden Mägerlingen, Gausen und Bronnen,
Ulm: die Oberamtsbezirke Ulm, Blaubeuren, Laupheim, und Ehingen.
 4. Neugebildet wird das Arbeitsamt Vöhringen, umfassend die Oberamtsbezirke Vöhringen, Waldsee, Leutkirch.
- Im übrigen verbleibt es bei der in der mehrfach erwähnten Bekanntmachung vom 5. v. Mts. wiedergegebenen Abgrenzung der Arbeitsämter.
- Stuttgart, den 11. Juli 1928.
Kälin

Bekanntmachung

Lebensrettung. Die Fischer Johann Zollet, Josef Wolfenberger und August Klingenstein sowie der Mechaniker Karl Feder von Ruffdorf retteten bei starkem Sturm und hohen Seegang am 29. April 1928 die Insassen von 3 gekenterten Segelbooten des Nachtclubs Konstanz im Überlinger See von der Gefahr des Ertrinkens. Ich spreche den Genannten für das bei diesem Rettungsversuch bewiesene mutvolle und entschlossene Handeln meine Anerkennung aus.

Konstanz, den 11. Juli 1928.
Der Landeskommissär
für die Badischen Kreise Konstanz, Willingen und Waldshut:
Dr. Hartmann

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw der ständigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Zurückgesetzt auf Ansuchen:
Gendarmeriekommissär Emil Sacherer in Heidelberg.
Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:
Oberwachmeister Wilhelm Allgeier beim Bezirksamt Lahr.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Bersetzt in gleicher Eigenschaft:
Professor Karl Leonhard Knauer in Waldshut, Realgymnasium nach Karlsruhe. Kant-Oberrealschule.

Den Staats- und Gemeindebehörden

empfehlen sich:



Rolladen

gut, schnell, billig

Karlsruher Jalousie- und Rolladen-Fabrik G.m.b.H.

Parkett

Steinholz, Estriche, Heraklith

H. Echte, Parkett G.m.b.H. Karlsruhe i. B. 353

Durlacher Allee 59 Tel. 2328 u. 1227



Wasser- Gewinnung und Versorgung

Schachtbrunnen durch Rohrfilterbrunnen in jeder Weite und Tiefe
Tiefbohrungen
Quellerschliessungen - Quellfassungen
projektiert und baut als Spezialität

Wilhelm Reck, Karlsruhe i. B.
Technisches Büro 680 Fernsprecher 2271

Drei- und vierrädrige Hochleistungs- Teer- und Bitumen-Sprengapparate

Patent Breining

Original-Vorwärme-Oefen

für dickflüssigen Teer und Bitumen

Karl F. A. Müller Sohn KARLSRUHE Amalienstr. 7 Telefon 1284



TEERMASCHINEN APPARATE - FAHRZEUGBAU

für den modernen Straßenbau
Teer- und Bitumen-Spreng- und Spritzwagen, Gießwagen, Gerätewagen, Müllwagen, Teer-Flickwagen, Teerkochkessel, Vorwärmer Dreiböcke, Teerabfüllapparate

Eugen Loew, Karlsruhe i. B. Waldhornstr. 17 Telefon 2626

381

Plandruck G.m.b.H.

Karlsruhe i. B.

Georg-Friedrich-Straße 3

Telephon 6249

Zinkbelichtungen für Flach- u. Offsetdruck • Plandrucke in ein- und mehrfarbiger Ausführung • Maßstäbliche Vergrößerungen und Verkleinerungen von Karten und Plänen aller Art • Anfertigen von technischen Werken
Moderne Geschäftsreklame

344

PAUL ALBERT KARLSRUHE i. B.

Kaiserstraße 186 Teleph 5524

Bauunternehmung für Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Festigkeitsberechnungen

631

A. & K. Oberst

Steinbruchbetriebe KARLSRUHE i. B. Yorkstr. 30 Tel. 4694

Wir liefern laufend:
Granit, Quarzit und Sandstein
Groß- und Kleinpflastersteine
Randsteine, Stücksteine
Schotter, Grenzsteine usw.

633

Mühlacker Falzziegel, Pfannenziegel, Biberschwanze, Kehlziegel, Formziegel aller Art

Dachziegel
Drüchtig naturrot oder engebliert, gr. Festigkeit, höchste Frost- u. Wetterbeständigkeit

GEBR. VETTER A.-G. PFORZHEIM MÜHLACKER

555

Gebrüder Lay * Konstanz

Bedachungsasphalt- und Teerprodukten-Spezialgeschäft

* Neuzeitliche Straßenteerungen • Isolierungen, Asphaltstraßenbeläge und Steinholzfußböden

403

Südd. Straßenwalzen - Betrieb

G. m. b. H. Darmstadt Tel. 1495

Zweigniederlassung Karlsruhe, Edelheimstr. 6, Telefon 7062

Abtlg. Walzenbetrieb:
Dampfwalzen 8-20 T. Aufreißer.

Abtlg. Straßenbau:
Walzasphalt im Heißmischverfahren, ein- und doppelschichtig, Innentränkung, Oberflächenbehandlung in Teer und Asphalt.

395

Gaggenauer Emailschilderfabrik & Emailierwerk

Adolf Dambach, Gaggenau (Murgtal)
liefert Emailverkehrschilder laut Verordnung vom 8. 7. 27

Straßenschilder, Hausnummern sowie alle übrigen Emailschilder für Behörden und Gemeinden

512

Eiserne Gartenmöbel



mit Holzbelag aller Art
Abbildungen und Preisliste zu Diensten

* Schul- und Büromöbel „BRUCHSALIA“

KARL SCHEFFEL Bruchsal

503

G. Berberich & Söhne Holz-u. Stahlwellblech-Rolladen

Fabrikat „Leins“

FREIBURG i. B.

Wallstraße 9

Telephon 1618

MANNHEIM

Dürerstraße 11

353 Telephon 23672

Büro für Städtebau

GEGRÜNDET 1909

Regierungsbaumeister Theodor Lohrmann beratender Ingenieur

KARLSRUHE i. B.

Kriegsstr. 123 Fernruf 770

Gutachten und Projekte für
Bebauungspläne — Straßen- und
Brückenbauten — Gleisanschlüsse
Kanalisation

658

Heinr. Stöcker vormals FR. KIRCHENBAUER

KARLSRUHE i. B.

Lessingstr. 1a Tel. 1020

Bauunternehmung für Hoch-, Tief- u. Eisenbetonbau
Umbauten aller Art

354

Bruchsaler Parkettfabrik G. m. Bruchsal

liefert verlegt und unverlegt

Eichen- und Buchen - Parkett

Eichen- und Buchenlangriemen

ohne Blindboden direkt auf Balkenlager

504

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Baumaterialien-Großhandlung Julius Graf & Cie.

Karlsruhe G. m. b. H. Karlsruhe
Telephon 6926 und 6927, Grünwinklerstraße No. 6

Alle Sorten Baustoffe

Dyckerhoff-Cement Wieslocher Dachziegel, Hourdis, feuerfeste und Chamotte-Steine, Asphalt und Dachpappen usw., Steinzeugröhren, Cementröhren, alle Kanalisations-Artikel

Ausführung von Plattenarbeiten

alle Sorten Boden- und Wandplatten für Hausgänge, Küchen, Bäder, Restaurants, Läden, Kühllager, Fabriken, Kirchen, Schulen.

561